
Springer-Lehrbuch

Reiner Schmidt • Ferdinand Wollenschläger
Hrsg.

Kompendium Öffentliches Wirtschaftsrecht

6. Auflage



Springer

Hrsg.

Reiner Schmidt
Juristische Fakultät
Universität Augsburg
Augsburg, Deutschland

Ferdinand Wollenschläger
Juristische Fakultät
Universität Augsburg
Augsburg, Deutschland

ISSN 0937-7433

Springer-Lehrbuch

ISBN 978-3-662-68566-2

<https://doi.org/10.1007/978-3-662-68567-9>

ISSN 2512-5214 (electronic)

ISBN 978-3-662-68567-9 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer-Verlag GmbH, DE, ein Teil von Springer Nature 1998, 2004, 2007, 2016, 2019, 2024

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber*in sind zu beachten.

Der Verlag, die Autor*innen und die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor*innen oder die Herausgeber*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

Vorwort

Aufgrund der dynamischen Entwicklung des öffentlichen Wirtschaftsrechts und der erfreulichen Resonanz der Voraufgabe legen Herausgeber und Verlag eine Neuauflage des Kompendiums vor. Bei der nunmehr sechsten Auflage handelt es sich bereits um die dritte, gemeinsam von Reiner Schmidt und Ferdinand Wollenschläger verantwortete Auflage mit erweitertem Themenspektrum und Autorenkreis. Anliegen des Buches ist es weiterhin, vor allem den Studierenden an den Universitäten und Hochschulen eine komprimierte leserfreundliche Darstellung für die Examensvorbereitung zu bieten. Grafische Hervorhebungen, die Einfügung von Beispielen, die Beschränkung auf kurze, vertiefende Literaturhinweise und Kontrollfragen dienen diesem Ziel. Daneben soll das Buch freilich auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Praktikerinnen und Praktikern Grundstrukturen und Grundfragen der einzelnen Gebiete vermitteln.

Das Kompendium Öffentliches Wirtschaftsrecht ist eine Gemeinschaftsleistung. Neben den Autorinnen und Autoren ist den studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lehrstuhls von Prof. Dr. *Ferdinand Wollenschläger* für die schnelle und zuverlässige redaktionelle Bearbeitung der Manuskripte zu danken, namentlich Pauline Bleher, Luisa Gambs, Sarah Jirgal, Florian Jülg, Carina Mader und Sebastian Vogt; ein besonderer Dank gilt Frau wissenschaftlicher Mitarbeiterin Mirjam Scherle und Herrn wissenschaftlichen Mitarbeiter Samed Sahin, die diese Arbeiten und das Werk souverän betreut haben.

Augsburg
September 2024

Reiner Schmidt
Ferdinand Wollenschläger

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Unionsrechtliche Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . .	1
Ferdinand Wollenschläger	
I. Einführung	2
II. Die unionale Wirtschaftsverfassung	2
III. Grundfreiheiten	4
1. Das Binnenmarktziel	4
2. Die Grundfreiheiten im Überblick	5
3. Warenverkehrsfreiheit	7
a) Einführungsfall	8
b) Das Verbot mengenmäßiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34 ff. AEUV)	8
aa) Prüfungsschema	8
bb) Anwendungsbereich	9
cc) Tatbestand: Mengenmäßige Ein- und Ausfuhrbeschränkung sowie Maßnahme gleicher Wirkung	11
dd) Rechtfertigung	16
ee) Lösungshinweise zum Einführungsfall	20
4. Personenverkehrsfreiheiten	21
a) Einführungsfall	21
b) Prüfung der Personenverkehrsfreiheiten	21
aa) Prüfungsschema	21
bb) Anwendbarkeit – keine Spezialregelung im Sekundärrecht	22
cc) Anwendungsbereich	23
dd) Tatbestand	31
ee) Rechtfertigung	35
ff) Lösungshinweise zum Einführungsfall	37
5. Kapitalverkehrsfreiheit	38
a) Prüfungsschema	38
b) Die Kapitalverkehrsfreiheit im Einzelnen	39
6. Inländerdiskriminierung	41
IV. Unionsgrundrechte	42
1. Grundlagen	42
2. Anwendungsbereich: Verpflichtete und Berechtigte	43

3. Prüfungsaufbau	49
a) Allgemeines	49
b) Schema	51
4. Wichtige Einzelgrundrechte	51
a) Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung, Art. 15 f. GRCH	51
aa) Berufsfreiheit, Art. 15 GRCH	52
bb) Unternehmerische Freiheit, Art. 16 GRCH	54
b) Eigentumsrecht, Art. 17 GRCH	55
aa) Schutzbereich	55
bb) Einschränkungen und ihre Rechtfertigung	58
c) Allgemeiner Gleichheitssatz, Art. 20 GRCH	60
d) Garantien für das Arbeitsleben, Art. 27 ff. GRCH	61
5. Exkurs: EMRK	62
V. Kompetenzen	63
1. Grundsätze der Kompetenzverteilung zwischen Europäischer Union und Mitgliedstaaten	63
2. Die Kompetenz zur Rechtsangleichung im Binnenmarkt, Art. 114 AEUV	65
a) Einführungsfall	66
b) Reichweite der Rechtsetzungsbefugnis	66
c) Lösungshinweise zum Einführungsfall	68
VI. Kontrollfragen	69
Literatur	70
§ 2 Verfassungsrechtliche Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts	71
Ferdinand Wollenschläger	
I. Einführung	72
II. Die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes	73
III. Grundrechtliche Vorgaben für das Öffentliche Wirtschaftsrecht	74
1. Allgemeine Grundrechtsfragen	75
a) Grundrechtsfunktionen	75
b) Grundrechtsverpflichtung	78
c) Grundrechtsberechtigung juristischer Personen	80
aa) Die Regelung des Art. 19 Abs. 3 GG	80
bb) Keine Grundrechtsberechtigung öffentlicher Unternehmen	81
d) Deutschen-Grundrechte und EU-Ausländer	82
e) Grundrechtsbindung im EU-Kontext	83
aa) Einführungsfälle	84
bb) Abgrenzung der nationalen und EU-Grundrechtsordnung bei Umsetzung und Vollzug von EU-Sekundärrecht	84
2. Einzelgrundrechte	86
a) Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG	86
aa) Einführungsfälle	87
bb) Prüfungsschema	88

cc) Schutzbereich	89
dd) Eingriff	92
ee) Rechtfertigung	97
b) Eigentumsgarantie, Art. 14 GG	105
aa) Prüfungsschema	106
bb) Begriff des Eigentums	106
cc) Ausgestaltung und Beschränkung des Eigentums	110
c) Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, Art. 9 GG	115
d) Schutz von Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen (Art. 13 GG)	117
e) Wirtschaftsrelevante Ausprägungen der allgemeinen Handlungsfreiheit, Art. 2 Abs. 1 GG	118
f) Allgemeiner Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG	118
aa) Einführungsfall	118
bb) Prüfungsschema	119
cc) Anforderungen des allgemeinen Gleichheitssatzes	119
dd) Selbstbindung der Verwaltung und Systemgerechtigkeit	121
g) Rechtsschutzgarantie, Art. 19 Abs. 4 GG	122
IV. Strukturgewährleistungen	123
1. Staatsstruktur- und Staatszielbestimmungen	123
a) Rechtsstaatsprinzip	123
b) Sozialstaatsprinzip, Art. 20 Abs. 1 GG	124
c) Staatsziel Umwelt- und Tierschutz, Art. 20a GG	124
2. Gewährleistungsvorgaben für die Infrastrukturregulierung	125
V. Kompetenzverteilung im deutschen Bundesstaat	125
1. Überblick	126
2. Ausschließliche Zuständigkeiten des Bundes, Art. 71, 73 GG	126
3. Konkurrierende Gesetzgebung, Art. 72, 74 GG	127
4. Ausschließliche Landeskompetenzen	129
VI. Kontrollfragen	130
Literatur	131
§ 3 Grundlagen des Internationalen Wirtschaftsrechts	133
Jörg Philipp Terhechte	
I. Einführung	134
II. Grundlagen des Internationalen Wirtschaftsrechts	136
1. Begriff des Internationalen Wirtschaftsrechts	137
2. Historische Grundlagen	138
III. Akteure des Internationalen Wirtschaftsrechts	142
1. Staaten	143
2. Internationale Organisationen	143
a) Die Welthandelsorganisation	144
aa) Gründung und Ziele der WTO	144
bb) Abkommen unter dem Dach der WTO	145

cc) Organe der WTO	145
dd) Streitbeilegung in der WTO	147
b) Der Internationale Währungsfond und die Weltbank	150
aa) Gründung und Ziele von IWF und Weltbank	150
bb) Organe des IWF und der Weltbank	151
c) Die Vereinten Nationen	151
aa) UNCITRAL	152
bb) UNCTAD	153
d) Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	153
aa) Gründung und Ziele der OECD	153
bb) Organe der OECD	154
3. Supranationale Organisationen (EU und EAG)	155
4. Regionale Organisationen	157
a) Der Mercado Común del Sur	157
b) Das United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA)	159
c) Association of Southeast Asian Nations und Asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit	160
5. Private im Internationalen Wirtschaftsrecht	162
a) Private	162
b) Transnationale Wirtschaftsunternehmen	163
IV. Regelungen und Prinzipien des Internationalen Wirtschaftsrechts	163
1. Internationaler Warenhandel	163
a) Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen	163
b) Landwirtschaftliche Erzeugnisse	166
c) Das Übereinkommen über technische Handelshemmnisse	167
d) Übereinkommen über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen	167
e) Das Übereinkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen	168
f) Anti-Dumping-Übereinkommen	168
g) Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen	169
h) Sonstige Abkommen	170
i) Exkurs: Freier Warenhandel und regionale Wirtschaftsintegration	171
2. Internationaler Dienstleistungshandel	172
a) Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen	172
b) Weitere Regelungen	173
c) Grundprinzipien	173
3. Schutz des geistigen Eigentums	173
a) Regelungsstrukturen	174
b) Grundprinzipien	174
4. Währungs- und Finanzrecht	175
a) Regelungsstrukturen	175
b) Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	176

5. Investitionsschutzrecht	176
a) Regelungsstrukturen	177
b) Grundprinzipien	177
c) Besonderheiten der Streitschlichtung	178
V. Streitbeilegung im Internationalen Wirtschaftsrecht	178
1. Alternative Formen der Streitbeilegung	179
2. Internationale und staatliche Gerichtsbarkeit	179
3. Schiedsgerichte	180
VI. Querschnittsthemen	181
1. Internationales Wirtschaftsrecht und Menschenrechte	181
2. Internationales Wirtschaftsrecht und Umweltschutz	182
3. Internationales Wirtschaftsrecht und soziale Standards	183
VII. Fazit	184
VIII. Kontrollfragen	185
Literatur	186
§ 4 Die Organisation der Wirtschaftsverwaltung	187
Klaus Ferdinand Gärditz	
I. Einleitung	188
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Verwaltungsorganisation	189
1. Gesetzgebungskompetenzen im Wirtschaftsverwaltungsrecht	189
a) Konkurrierende Gesetzgebungskompetenzen	190
b) Die Erforderlichkeitsklausel	192
c) Ausschließliche Gesetzgebungskompetenzen im Wirtschaftsverwaltungsrecht	194
2. Verwaltungskompetenzen	194
a) Verwaltung in Privatrechtsform und erwerbswirtschaftliche Tätigkeit	195
b) Verwaltungsorganisation	196
c) Bundesauftragsverwaltung	197
d) Bundeseigenverwaltung	197
aa) Post- und Telekommunikationsregulierung	198
bb) Selbstständige Bundesoberbehörden	200
3. Legitimation	201
a) Das hierarchische Legitimationskettenmodell	201
b) Abweichende unionsrechtliche Legitimationsmodelle	203
c) Konflikte im Wirtschaftsverwaltungsrecht	205
III. Typen der Wirtschaftsverwaltung und ihre Organisation	208
1. Wirtschaftsaufsicht	208
2. Regulierung	210
a) Hintergrund	210
b) Die Organisationsstruktur der Bundesnetzagentur	211

c) Die Einbindung in den europäischen Regulierungsverbund	212
d) Unabhängigkeit?	214
3. Selbstverwaltung der Wirtschaft	216
a) Typen und Aufgaben	216
b) Binnenorganisation und Legitimationsstruktur	217
c) Öffentliches Haftungsrecht	219
d) Binnenrechtsschutz	220
4. Privatrechtliche Organisationsformen	221
5. Kommunalwirtschaft	222
IV. Kontrollfragen	224
Literatur	224
§ 5 Wirtschafts- und Währungspolitik	227
Reiner Schmidt	
I. Die geschichtliche Entwicklung	228
1. Das Zeitalter des Liberalismus	228
2. Die Kriegswirtschaft	229
3. Weimarer Verfassung und Nationalsozialismus	230
4. Der Neuanfang mit dem Grundgesetz	230
5. Der Weg in die Europäische Union	231
6. Der Weg in die Europäische Währungsunion	232
II. Begriffliches	233
1. Die Wirtschaftspolitik	233
2. Die Abgrenzung zur Währungspolitik	234
III. Die allgemeinen Grundlagen der Wirtschafts- und Währungspolitik der EU	234
1. Die Aufteilung der Kompetenzen	234
2. Art. 3 EUV als Grundnorm des Integrationsprogramms	235
IV. Die Grundsätze der europäischen Wirtschaftspolitik	236
1. Die Grundbedingungen für die Wirtschaftspolitik in Art. 119 Abs. 3 AEUV	236
a) Stabile Preise	236
b) Gesunde öffentliche Finanzen	237
c) Gesunde monetäre Rahmenbedingungen	237
d) Dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz	238
2. Offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb	238
3. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	238
4. Der fiskalpolitische Pakt	241
5. Die Alleinhaftung der Mitgliedstaaten	242
a) Die Sicherung der Haushaltsautonomie	242
b) Der freiwillige Beistand	242
c) Der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)	243
d) Entstehung einer Fiskalunion?	245
6. Die Verpflichtung zur Haushaltsdisziplin	246

V. Wirtschaftspolitik im nationalen Bereich	247
1. Die Verpflichtung auf das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht	247
2. Verschuldungsgrenze und unionskonforme Haushaltspolitik	248
3. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz	248
4. Die Außenwirtschaftspolitik	250
a) Die Zielbestimmung	250
b) Die Rechtsgrundlagen	250
VI. Währungspolitik im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	251
1. Die Einführung einer gemeinsamen Währung	251
2. Das ESZB	252
a) Status und Organisation des ESZB und der EZB	252
b) Das Rotationsprinzip	253
c) Die Unabhängigkeit der EZB	254
aa) Unabhängigkeit und Demokratieprinzip	254
bb) Unabhängigkeit im Rahmen der Aufgaben	255
d) Die Rolle der Bundesbank im ESZB	255
3. Die Aufgaben des ESZB	256
a) Die Geldpolitik	256
aa) Das Ziel der Geldwertstabilität	256
bb) Die geldpolitische Strategie	257
cc) Die Instrumente der Geldpolitik	259
b) Die Aufsicht	261
aa) Die makroprudenzielle Aufsicht (ESRB)	261
bb) Die Bankenunion	263
c) Die Stellung der EZB im Gewaltengefüge	264
4. Währungsaußenpolitik	269
5. Rechtsschutzfragen	270
VII. Das Weltfinanzsystem	272
1. Der Internationale Währungsfonds	272
a) Allgemeines	272
b) Die Organe	273
c) Ziele und Aufgaben	273
2. Sonstige Akteure	274
VIII. Zusammenfassende Übersicht	276
IX. Kontrollfragen	277
Literatur	277
§ 6 Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand	279
Matthias Knauff	
I. Öffentliche Wirtschaft in Deutschland	280
1. Historische Entwicklung	280
a) Merkantilismus	281
b) Intensivierung der Staats- und Herausbildung der Kommunalwirtschaft	281

c) Privatisierungen	284
d) Gegenwärtige Tendenzen	286
2. Tätigkeitsfelder und wirtschaftliche Bedeutung	287
II. Grundfragen	288
1. Verfassungsrecht	288
a) Grundrechtsbindung und -berechtigung	289
b) Konkurrenzschutz	289
c) Verpflichtung auf das Gemeinwohl	290
2. Europarecht	292
a) Grundfreiheiten	293
b) Privilegierung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	294
c) Transparenzrichtlinie	295
III. Staatswirtschaft	296
1. Rechtsrahmen	296
a) Spezifische verfassungsrechtliche Determinanten	296
b) Haushaltsrecht	297
2. Rechtsformen	298
a) GmbH	299
b) AG	300
IV. Kommunalwirtschaft	301
1. Rechtsrahmen	301
a) Spezifische verfassungsrechtliche Determinanten	301
b) Gemeindefinanzrecht	304
c) Sonstige relevante Regelungen	304
2. Zulässigkeit kommunaler Wirtschaftstätigkeit	305
a) Schrankentrias	305
aa) Geltungsbereich	305
bb) Öffentlicher Zweck	306
cc) Leistungsfähigkeit und Bedarfsgerechtigkeit	308
dd) Subsidiarität	308
b) Örtlichkeitsprinzip	309
c) Vorgaben für spezifische Märkte	310
3. Rechtsformen	311
a) Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	311
aa) Rechtlich unselbstständige Ausprägungen	311
bb) Eigenständige Rechtspersönlichkeit	312
b) Privatrechtliche Organisationsformen	313
4. Wirtschafts- und Rechnungsführung	315
5. Aufsicht	316
V. Öffentlich-Private Partnerschaften	317
VI. Rechtsschutz	319
VII. Kontrollfragen	320
Literatur	320

§ 7 Vergaberecht	323
Lars Diederichsen und Ingo Renner	
I. Einführung	324
1. Begriff, Zweck und Bedeutung des Vergaberechts	324
2. Historie	327
3. Vergaberechtsreform 2014/2016	331
4. Weitere Entwicklungstendenzen des (europäischen) Vergaberechts	332
5. Aufbau des Vergaberechts	335
II. Anwendungsbereich	337
1. Auftraggeber	338
a) Der institutionelle Auftraggeberbegriff (§ 99 Nr. 1 GWB)	338
b) Der funktionelle Auftraggeberbegriff (§ 99 Nr. 2 GWB)	338
c) Verbände, deren Mitglieder unter Nr. 1 oder 2 fallen (§ 99 Nr. 3 GWB)	343
d) Auftraggeber bei öffentlich geförderten Projekten (§ 99 Nr. 4 GWB)	343
e) Sektorauftraggeber (§ 100 GWB)	345
f) Konzessionsgeber (§ 101 GWB)	346
2. Öffentlicher Auftrag	346
a) Begriff (§ 103 Abs. 1 GWB)	346
b) Öffentlich-Private Partnerschaften	348
c) Privatisierungen	349
d) Auftragsarten (§ 103 Abs. 2 bis 4 GWB)	350
aa) Lieferaufträge	350
bb) Bauaufträge	352
cc) Dienstleistungsaufträge	354
dd) Konzessionen	355
ee) Wettbewerbe	357
ff) Verteidigungs- oder sicherheitsrelevante Aufträge	357
e) Abgrenzung zwischen den einzelnen Auftragsarten	357
3. Schwellenwerte (§ 106 GWB)	358
4. Bereichsausnahmen	360
a) Vergabe von Rettungsdienstleistungen	361
b) Vertikale und horizontale Zusammenarbeit	363
aa) In-House-Geschäfte	363
bb) In-State-Geschäfte	366
III. Allgemeine Vergabegrundsätze	369
1. Wettbewerb und Transparenz (§ 97 Abs. 1 S. 1 GWB)	369
2. Wirtschaftlichkeit und Verhältnismäßigkeit (§ 97 Abs. 1 S. 2 GWB)	373
3. Gleichbehandlung (§ 97 Abs. 2 GWB) und Neutralität	374
4. Strategische Beschaffung (§ 97 Abs. 3 GWB)	375
5. Mittelstandsschutz (§ 97 Abs. 4 GWB)	376
6. Elektronische Vergabe (§ 97 Abs. 5 GWB)	377

IV. Eignungskriterien (§ 122 GWB)	378
V. Ausführungsbedingungen (§§ 128, 129 GWB)	381
VI. Zuschlagskriterien (§ 127 GWB)	383
VII. Vergabearten	388
1. Offene Verfahren	389
2. Nicht offene Verfahren	389
3. Wettbewerblicher Dialog	390
4. Verhandlungsverfahren	391
5. Innovationspartnerschaft	392
VIII. Rechtsschutz	393
1. Allgemein	393
2. Primärrechtsschutz oberhalb der Schwellenwerte	393
a) Das Verfahren vor den Vergabekammern (§§ 160 ff. GWB)	394
b) Das Beschwerdeverfahren (§§ 171 ff. GWB)	398
3. Sekundärrechtsschutz oberhalb der Schwellenwerte (§§ 180, 181 GWB)	400
4. Primärrechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte	401
5. Sekundärrechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte	407
IX. Kontrollfragen	407
Literatur	408
§ 8 Subventions- und Beihilfenrecht	409
Sebastian Unger	
I. Gegenstand und Prüfungsrelevanz	410
II. Materielles Subventions- und Beihilfenrecht	412
1. Nationales Recht: Vorbehalt und Vorrang des Gesetzes	412
a) Vorbehalt des Gesetzes	412
b) Vorrang des Gesetzes	416
2. Unionsrecht: Beihilfenverbot mit Erlaubnisvorbehalt	417
a) Tatbestand des Beihilfenverbots	420
aa) Begünstigung	421
bb) Unternehmen	423
cc) Selektivität	424
dd) Staatlichkeit	426
ee) Wettbewerbsverfälschung	428
ff) Handelsbeeinträchtigung	430
b) Ausnahmen vom Beihilfenverbot	431
aa) Legalausnahmen nach Art. 107 Abs. 2 AEUV	432
bb) Ermessensausnahmen nach Art. 107 Abs. 3 AEUV	432
c) Exkurs: Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	438
aa) Rechtssache „Altmark Trans“	439
bb) „Almunia-Paket“ der Kommission	439
d) Rechtsfolge des Beihilfenverbots	442
3. Völkerrecht: welthandelsrechtliches Subventionsregime	443

III. Subventions- und Beihilfenverfahrensrecht	445
1. Vergabe von Subventionen	445
a) Handlungsformen	445
b) Verwaltungsverfahren	447
aa) Allgemeine verwaltungsverfahrenrechtliche Grundsätze	447
bb) Beteiligung der Kommission bei der Subventionsvergabe	448
2. Rückforderung von Subventionen	451
a) Allgemeines Rückforderungsregime	451
aa) Vergabe durch Verwaltungsakt	451
bb) Vergabe durch Vertrag	453
b) Rückforderung von Beihilfen	453
aa) „Zweckdienliche Maßnahmen“ bei „bestehenden Beihilfen“	453
bb) Rückforderung „neuer“, aber „rechtswidriger Beihilfen“	454
cc) Rückforderung „missbräuchlich angewendeter“ Beihilfen	465
c) Rückforderung von Unionsbeihilfen	465
IV. Rechtsschutz im Subventions- und Beihilfenrecht	466
1. Rechtsschutz bei Versagung einer Subvention	466
a) Nationale Ablehnungsentscheidung	466
b) Negativbeschluss der Kommission	467
2. Rechtsschutz bei Rückforderung einer Subvention	469
a) Nationales Rückforderungsverlangen	469
b) Rückforderungsverlangen der Kommission	469
3. Konkurrentenschutz	471
a) Konkurrentenschutz durch nationale Gerichte	472
b) Konkurrentenschutz durch Unionsgerichte	475
V. Kontrollfragen	477
Literatur	478
§ 9 Gewerberecht	481
Stefan Korte	
I. Ziele und Struktur der Gewerbeordnung	482
II. Anwendungsbereich der Gewerbeordnung	484
1. Erfordernis einer gewerblichen Tätigkeit	484
a) Gewerbsmäßigkeit	485
aa) Selbstständigkeit	485
bb) Gewinnerzielungsabsicht	487
cc) Dauerhaftigkeit	488
dd) Erlaubte Tätigkeit	488
b) Gewerbsfähigkeit	491
aa) Urproduktion	491
bb) Freiberufliche Tätigkeiten	491
cc) Verwaltung eigenen Vermögens	492
c) Keine Bagatelltätigkeit	492
2. Verhältnis zum gewerblichen Nebenrecht	493
a) Aussagen in der Gewerbeordnung	493

b) Verhältnis im Übrigen	494
3. Rückgriff auf das Landesordnungsrecht	494
III. Überwachung gewerblicher Tätigkeit	496
1. Behördliche Zuständigkeiten	496
2. Besonderheiten für das Verwaltungsverfahren	497
3. Anwendbarkeit der GewO bei grenzüberschreitender Tätigkeit	498
4. Anknüpfungspunkte eines behördlichen Einschreitens	499
a) Zuverlässigkeit	499
aa) Bestehendes Verhaltensdefizit	500
bb) Verhaltensprognose	503
cc) Bezug zur konkreten Tätigkeit	504
b) Sachkunde	504
c) Sachgebundene Anforderungen	505
5. Bezugspunkte behördlichen Einschreitens	505
a) Stehendes Gewerbe	505
aa) Aufnahmeüberwachung	505
bb) Ausübungsüberwachung	509
b) Reisegewerbe	514
aa) Begriff des Reisegewerbes	514
bb) Aufnahmeüberwachung	517
cc) Ausübungsüberwachung	518
c) Marktgewerbe	520
aa) Veranstalterbezogene Vorschriften	520
bb) Anbieter- bzw. ausstellerbezogene Vorschriften	522
cc) Verhältnis zum Kommunalrecht	524
6. Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht	524
7. Verhältnis zum Lauterkeitsrecht	525
IV. Rechtsschutz	525
1. Stehendes und Reisegewerbe	526
a) Rechtsbehelfsmöglichkeiten des Gewerbetreibenden selbst	526
aa) Statthafte Verfahren	526
bb) Berücksichtigungsfähige Tatsachen	527
b) Rechtsbehelfsmöglichkeiten Dritter	529
2. Besonderheiten des Marktgewerbes	529
a) Festsetzung	529
b) Zulassung zur festgesetzten Veranstaltung	530
V. Kontrollfragen	531
Literatur	532
§ 10 Handwerksrecht	535
Simon Bulla	
I. Einführung	536
1. Geschichte des Handwerksrechts	538
a) Vom Zunftzwang zur Gewerbefreiheit	538
b) Von der Gewerbefreiheit zur Meisterpflicht	539

c) Vom Standesrecht zum Gefahrenabwehrrecht	540
d) Rückvermeisterung mit der HwO-Novelle 2020	541
2. Volkswirtschaftliche Bedeutung	541
3. Rechtsgrundlagen	542
II. Der Berufszugang im zulassungspflichtigen Handwerk	543
1. Die Handwerksrolleneintragung als Eröffnungskontrolle	543
2. Eintragungsbedürftigkeit (Eintragungspflicht)	544
a) Selbstständiger Betrieb eines stehenden Gewerbes	544
aa) Selbstständiger Betrieb	544
bb) Stehendes Gewerbe (insb. Abgrenzung zum Reisegewerbe)	545
b) Handwerksmäßigkeit	548
c) Handwerksfähigkeit	550
aa) Gewerbe im Sinne der Anlage A	550
bb) Wesentliche Teiltätigkeit	550
cc) Ausnahme: Kleinhandwerk	553
d) Betriebsformen	555
aa) Eintragungspflichtiger Nebenbetrieb	555
bb) Unerheblicher Nebenbetrieb	557
cc) Hilfsbetrieb	557
dd) Zweigstelle	558
3. Eintragungsfähigkeit	558
a) Betriebsleiterprinzip	559
b) Die bestandene Meisterprüfung als Regelvoraussetzung	560
c) Gleichgestellte Abschlüsse	561
d) Ausnahmegewilligung	561
aa) Ausnahmegewilligung nach § 8 HwO	561
bb) Ausnahmegewilligung nach § 9 Abs. 1 HwO	566
cc) Grenzüberschreitende Dienstleistungen ohne Niederlassung	568
dd) Gleichwertigkeitsfeststellung nach § 50b HwO	569
e) Ausübungsberechtigung	570
aa) Ausübungsberechtigung für andere Handwerke nach § 7a HwO	570
bb) Altgesellenregelung nach § 7b HwO	570
f) Sonderfall: Hinüberarbeiten in andere Handwerke	573
g) Sonderfall: Fortführung des Betriebs durch Ehegatten und Erben	574
4. Eintragung in die Handwerksrolle	574
III. Überwachung, Untersagung und Löschung zulassungspflichtiger Handwerksbetriebe	576
1. Auskunfts- und Betretungsrechte	576
2. Betriebsuntersagung und -schließung	577
3. Löschung der Eintragung	579
4. Untersagung nach § 35 GewO	580
5. Ordnungswidrigkeitsverfahren	581
6. Exkurs: Wettbewerbsrechtliche Unterlassungsklagen	581

IV. Rechtsschutz	581
1. Rechtsschutz gegen eine Eintragung (von Amts wegen)	582
2. Rechtsschutz bei Ablehnung der Eintragung, einer Ausnahmebewilligung oder Ausübungsberechtigung	583
3. Rechtsschutz gegen handwerksaufsichtliche Maßnahmen	583
4. Rechtsschutz gegen die Löschung aus der Handwerksrolle	584
5. Konkurrentenklage	585
6. Rechtsschutz der Kammern	586
V. Exkurs: Zulassungsfreie Handwerke und handwerksähnliche Gewerbe	587
1. Begriff der zulassungsfreien Handwerke und handwerksähnlichen Gewerbe	587
2. Gewerbefreiheit und Anzeigepflicht	588
3. Eintragung und Pflichtmitgliedschaft	589
4. Aufsichtliches Einschreiten	589
VI. Vertiefung: Verfassungsmäßigkeit des Großen Befähigungsnachweises?	590
1. Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	590
2. Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	594
a) Systembrüche und Wertungswidersprüche der HwO	594
b) Insbesondere: Inländerdiskriminierung	596
c) Fazit	598
VII. Ausblick: Die EU-Verhältnismäßigkeitsrichtlinie	598
VIII. Kontrollfragen	602
Literatur	602
§ 11 Gaststättenrecht	605
Jan Henrik Klement	
I. Grundlagen	606
1. Sinn und Zweck des Gaststättenrechts	606
2. Gesetzgebungskompetenzen	608
a) Recht der Gaststätten im stehenden Gewerbe	608
b) Recht der Gaststätten im Reisegewerbe	610
3. Gesetzliche Grundlagen	611
4. Anwendungsbereich der Gesetze	613
a) Begriff des Gaststättengewerbes	613
aa) Gewerblichkeit des Betriebs	613
bb) Verabreichen von Speisen oder Getränken	616
cc) Betriebstyp	617
dd) Öffentlichkeit	618
b) Erweiterung durch § 23 GastG	619
5. Verhältnis zur Gewerbeordnung und weiterem Gefahrenabwehrrecht	619

II. Gaststättenrechtliche Erlaubnisse	620
1. Präventive Verbote mit Erlaubnisvorbehalt (Übersicht)	620
2. Gaststättenerlaubnis	621
a) Unionsrechtliche und verfassungsrechtliche Aspekte	621
b) Erlaubnisbedürftigkeit	622
c) Rechtsnatur, Form und Inhalt der Erlaubnis	623
d) Materielle Rechtmäßigkeit der Erlaubnis	624
aa) Persönliche Versagungsgründe	624
bb) Sachbezogene Versagungsgründe	627
e) Nebenbestimmungen	631
aa) Auflagen	631
bb) Unselbstständige Nebenbestimmungen	633
f) Genehmigungsfiktion	634
g) Verhältnis zur Baugenehmigung	634
h) Erledigung der Erlaubnis	639
aa) Rücknahme	639
bb) Widerruf	640
cc) Sonstige Erledigungstatbestände	641
i) Rechtsschutz	641
aa) Erlaubnis	641
bb) Nebenbestimmungen	643
cc) Rücknahme und Widerruf	644
3. Gestattung	644
4. Gewerberechtliche Erlaubnisse	645
III. Gaststättenrechtliche Anzeigepflichten	647
1. Inhalte	647
2. Sanktionierung	648
3. Präventive Kontrolle	649
IV. Der Betrieb einer Gaststätte	650
1. Gesetzliche Anforderungen, insbesondere Sperrzeit	650
2. Behördliche Verfügungen	653
a) Betriebsregelnde Verfügungen	653
b) Weitere Ermächtigungsgrundlagen	654
c) Ermächtigungsgrundlagen außerhalb der Gaststättengesetze	655
V. Behördliche Beendigung eines Gaststättengewerbes	655
VI. Annex: Nichtrauchererschutz	656
VII. Kontrollfragen	660
Literatur	662
§ 12 Netzregulierungsrecht (mit Schwerpunkt TKG)	663
Markus Ludwigs	
I. Grundlagen der Netzregulierung	664
1. Begriff der Regulierung und des Netzregulierungsrechts	664
2. Ökonomische Grundlagen des Netzregulierungsrechts	667

3. Rechtsquellen des Netzregulierungsrechts	669
a) Überblick zu den einzelnen Netzsektoren	670
aa) Telekommunikation	670
bb) Energie	674
cc) Eisenbahnen und Post	678
b) Normierende vs. administrative Regulierung	680
4. Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde	682
a) Rechtsform und Organisation	682
b) Unabhängigkeit	683
c) Einbindung in einen europäischen Regulierungsverbund	686
5. Instrumente der Marktregulierung	687
a) Klassische Instrumente der Wirtschaftsaufsicht	688
b) Spezifische Regulierungsinstrumente	688
6. Rechtsschutz im Regulierungsrecht	690
7. Abgrenzung zum Kartellrecht	692
II. Einführung in das Telekommunikationsrecht	693
1. Regulierungsziele, Gegenstand und Entwicklungsgeschichte	693
2. Meldepflichten	695
3. Vergabe von Frequenzen, Nummern und Wegerechten	696
4. Marktregulierung im TK-Sektor	700
a) Marktregulierungsverfahren	700
aa) Marktdefinition	700
bb) Marktanalyse	702
cc) Verpflichtungsebene (Regulierungsverfügung)	704
dd) Besonderheiten bei Verpflichtungszusagen	705
ee) Rechtsschutzfragen	707
b) Zugangsregulierung	709
aa) Marktmachtabhängige Verpflichtungen	709
bb) Marktmachtunabhängige Verpflichtungen	712
c) Entgeltregulierung	713
aa) Zugangs- und Endnutzerentgeltregulierung	714
bb) Ex-ante- und Ex-post-Regulierung	714
cc) Maßstäbe der Entgeltregulierung	716
dd) Methoden der Entgeltregulierung	719
ee) Rechtsschutzfragen	720
d) Sonstige Verpflichtungen und besondere Missbrauchsaufsicht	723
5. Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	724
III. Kontrollfragen	726
Literatur	728
§ 13 Energierecht	729
Martin Kment	
I. Einleitung	730
II. Europäisches Energierecht	731
1. Primärrecht	731

a) Energiepolitische Anfänge	731
b) Eigener Tätigkeitsbereich und Art. 194 AEUV als Energie-Kompetenztitel	732
2. Sekundärrecht	734
a) Realisierung eines Energiebinnenmarktes	734
b) Energieumweltrecht	737
aa) Energieeffizienz	737
bb) Förderung erneuerbarer Energien	738
c) Energiesteuern	741
III. Energieverfassungsrecht	741
1. Energieversorgung als Gegenstand der öffentlichen Daseinsvorsorge	741
2. Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der Energieversorgung	742
3. Verwaltungskompetenzen im Bereich der Energieversorgung	743
4. Grundrechtsrelevanz der Energieversorgung	744
5. Kommunale Energieversorgung	745
IV. Recht der Energiewirtschaft	745
1. Marktzutritt – Anzeige und Genehmigung	746
a) Akteure	746
b) Anzeige-, Genehmigungs- und Zertifizierungspflicht	746
2. Entflechtung	747
3. Regulierung des Netzbetriebs	749
a) Aufgaben der Netzbetreiber	749
b) Netzanschluss	752
c) Netzzugangsanspruch	753
aa) Allgemeines	753
bb) Netzzugang zu den Elektrizitätsversorgungsnetzen	755
cc) Zugang zu den Gasversorgungsnetzen (§ 20 Abs. 1b EnWG)	757
d) Zugangs- und Entgeltregulierung	760
e) Repressive Aufsicht	763
f) Regulierung von Wasserstoffnetzen	763
aa) Anwendungsbereich	764
bb) Entflechtung	765
cc) Netzanschluss und -zugang	766
dd) Entgeltregulierung	766
4. Energielieferung an Letztverbraucher	767
a) Versorgung	767
b) Rechnungsstellung für Energielieferungen; Stromkennzeichnung	769
c) Lieferantenwechsel	769
5. Energieversorgungsnetze	770
a) Transeuropäische Infrastruktur	770
b) Nationale Bedarfsfeststellung Onshore	771

c) Besondere Bundesfachplanung nach dem NABEG	773
d) Offshoreplanungen	775
e) Planfeststellung und Plangenehmigung	776
f) Energieleitungszulassung nach dem WindSeeG im Offshore-Bereich	778
6. Wegenutzung und Konzessionsverfahren	778
7. Regulierung von Gasspeicheranlagen	781
V. Regulierungsverfahren und Rechtsschutz	783
1. Zuständigkeiten und Organisation der Regulierungsbehörden	783
2. Verfahrensvorgaben für Regulierungsbehörden	784
3. Gerichtlicher Rechtsschutz	785
VI. Energiesonderrecht	786
1. EEG	786
2. KWKG	788
3. EnSiG	788
VII. Kontrollfragen	789
Literatur	790
§ 14 Öffentliches Finanzmarktrecht	791
Ann-Katrin Kaufhold	
I. Einführung	792
1. Volkswirtschaftliche Funktionen des Finanzsystems	793
a) Vermittlungs- und Allokationsfunktion	793
b) Transformationsfunktion	793
c) Zahlungsverkehrsfunktion	793
2. Eigenheiten von Finanzgeschäften	794
3. Finanzaufsicht als besondere Gewerbeaufsicht	794
4. Historische Entwicklung des öffentlichen Finanzmarktrechts	796
II. Ziele des öffentlichen Finanzmarktrechts	798
III. Rechtliche Grundlagen	800
1. Anforderungen an Finanzunternehmen, an den Handel auf Kapitalmärkten und an Marktinfrastrukturen (einschließlich Börsen)	800
a) Kredit- und Wertpapierinstitute	800
b) Versicherungsunternehmen	801
c) Handel auf den Kapitalmärkten	801
d) Marktinfrastrukturen (einschließlich Börsen)	802
2. Aufsichtsbehörden, -gegenstände und -befugnisse	803
IV. Zentrale Anforderungen an Finanzinstitute und -märkte	805
1. Institutsbezogene Anforderungen	805
a) Solvabilität	806
b) Liquidität	807
c) Großkredite	808

d) Institutsinterne Organisation (Corporate Governance-Regelungen)	808
aa) Kreditinstitute	808
bb) Versicherungen	809
cc) Wertpapierdienstleistungsinstitute	810
e) Zuverlässigkeit von Geschäftsführern, Inhabern und Anteilseignern	810
f) Offenlegung	811
g) Sanierungsplanung	811
2. Marktbezogene Ge- und Verbote	812
a) Verbot des Insiderhandels	813
b) Verbot von Marktmanipulationen	813
c) Publizitätspflichten	813
d) Verhaltens- und Informationspflichten	814
V. Aufsichtsbehörden, -gegenstände und -befugnisse	814
1. EZB	815
a) Organisation	815
b) Aufsichtsgegenstände	816
c) Aufsichtsbefugnisse	817
aa) Zulassung	817
bb) Laufende Überwachung	818
2. Europäischer Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board, SRB)	819
3. Europäische Aufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities, ESAs)	821
4. Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB)	822
5. BaFin	822
a) Organisation	823
b) Aufsichtsgegenstände	823
aa) Aufsichtsgegenstände nach CRR und KWG	823
bb) Aufsichtsgegenstände nach dem VAG	825
cc) Aufsichtsgegenstände nach dem WpHG	825
dd) Aufsichtsgegenstände nach der SRM-VO und dem SAG	825
ee) Sonstige spezialgesetzlich geregelte Aufsichtsgegenstände	826
c) Aufsichtsbefugnisse	826
aa) Zulassung	826
bb) Laufende Überwachung	827
6. Ausschuss für Finanzstabilität	828
7. Sonderaufsicht über Sparkassen, Landes- und Förderbanken	829
8. Börsenaufsicht	830
a) Aufsichtsbehörden	831
b) Aufsichtsgegenstände	831
aa) Börse	831

bb) Börsenträger	832
cc) Börsenhandel und Handelsteilnehmer	832
c) Aufsichtsinstrumente	832
aa) Erlaubnispflicht und Genehmigungsvorbehalte	833
bb) Laufende Überwachung	833
9. Rechtsschutz	834
V. Kontrollfragen	835
Literatur	836
Literatur	839
Sachverzeichnis	845

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Simon Bulla Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Vergaberecht, pdrei Rechtsanwälte Heim und Partner mbB, Augsburg, Honorarprofessor und Lehrbeauftragter für Verwaltungsrecht an der Universität Augsburg

RA Dr. Lars Diederichsen Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Haldenwang Rechtsanwälte GbR, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Klaus Ferdinand Gärditz Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der Juristischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Ann-Katrin Kaufhold Inhaberin des Lehrstuhls für Staats- und Verwaltungsrecht an der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Jan Henrik Klement Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Europarecht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Martin Kment Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht, Umweltrecht und Planungsrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg

Prof. Dr. Matthias Knauff, LL.M. Eur. Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Öffentliches Wirtschaftsrecht, an der Juristischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Stefan Korte Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Öffentliches Wirtschaftsrecht und Klimaschutzrecht an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Prof. Dr. Markus Ludwigs Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht an der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

RA Ingo Renner Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Haldenwang Rechtsanwälte GbR, Frankfurt am Main

Prof. em. Dr. Reiner Schmidt em. Prof. an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg

Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Europäisches und Internationales Recht sowie Regulierungs- und Kartellrecht an der Juristischen Fakultät der Leuphana Universität Lüneburg

Prof. Dr. Sebastian Unger Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Wirtschafts- und Steuerrecht an der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum und Co-Direktor des Instituts für Steuerrecht und Steuervollzug

Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Europarecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abb.	Abbildung
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
ACER	Agency for the Cooperation of Energy Regulators
ADA	Agreement on Implementation of Article VI of the General Agreement on Tariffs and Trade 1994 (WTO-Übereinkommen über Antidumpingmaßnahmen)
a.E.	Am Ende
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AFS	Ausschuss für Finanzstabilität
AFTA	ASEAN Free Trade Agreement
AG	Aktiengesellschaft
AGFVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (EG) Nr. 800/2008, zuletzt geändert durch VO (EU) Nr. 2023/1315
AktG	Aktiengesetz
allg.	Allgemein
Alt.	Alternative
AMG	Arzneimittelgesetz
AnwBl.	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
AoA	Agreement on Agriculture (WTO-Landwirtschaftsübereinkommen)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APEC	Asian-Pacific-Economic-Cooperation
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
ArbZG	Arbeitszeitgesetz

ARegV	Anreizregulierungsverordnung
arg. e contr.	argumentum e contrario (Umkehrschluss)
Art.	Artikel
ASEAN	Association of South-East Asian Nations
AT	Allgemeiner Teil
ATG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz und den Gefahren gegen ihre Anlagen (Atomgesetz)
ausf.	ausführlich
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWZ	Ausschließliche Wirtschaftszone
Az.	Aktenzeichen
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht sowie Bundesamt für Güterverkehr
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz AT	Bundesanzeiger Amtlicher Teil
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BauR	Baurecht – Zeitschrift für das gesamte öffentliche und private Baurecht
Bay	Bayern
BayBO	Bayerische Bauordnung
BayGO	Bayerische Gemeindeordnung
BayGSG	Bayerisches Gesundheitsschutzgesetz
BayGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGHE	Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
BB	Der Betriebs-Berater
BBankG	Bundesbankgesetz
Bbg	Brandenburg
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BEGTPG	Gesetz über die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Beil.	Beilage
Berl	Berlin
Beschl.	Beschluss
BEVVG	Bundeseisenbahnverkehrsverwaltungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung der (nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlichten) Entscheidungen des Bundesfinanzhofs

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGG	Behindertengleichstellungsgesetz
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs für Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BITs	Bilateral Investment Treaties
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BK	Bonner Kommentar
BKartA	Bundeskartellamt
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMDV	Bundesministerium für Digitales und Verkehr
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BNetzA	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
BörsG	Börsengesetz
BörsO	Börsenordnung für die Frankfurter Wertpapierbörse
BQRL	EG-Berufsanerkennungsrichtlinie, 2005/36/EG
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
Brem	Bremen
BRRD	Bank Recovery and Resolution Directive, RL 2014/59/EU
BRZ	Zeitschrift für Beihilfenrecht
BSH	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
BwBBG	Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
bzw.	Beziehungsweise
ca.	circa
CBDC	Central Bank Digital Currency (Digitales Zentralbankgeld)
CDU	Christlich Demokratische Union
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
CMA	Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft GmbH
CMLJ	Capital Markets Law Journal

CMLRev	Common Market Law Review
COVID-19	Coronavirus-Krankheit 2019
CRD-IV-RL	Capital Requirements Directive IV RL 2013/36/EU
CR	Computer und Recht – Zeitschrift für die Praxis des Rechts der Informationstechnologie
CRR	Capital Requirements Regulation (EU) Nr. 575/2013
CSU	Christlich-Soziale Union
CYELS	Cambridge Yearbook of European Legal Studies
DARP	Deutscher Aufbau- und Resilienzplan
DAWI	Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
DAWI-Beschluss	Beschluss der Kommission vom 20.11.2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind, ABl. EU 2012 L 7/3
DAWI-DMVO	DAWI-De-minimis-Verordnung (EU) Nr. 360/2012
DAWI-Mitteilung	Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfavorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, ABl. 2012 C 8/4
DAWI-Rahmen	Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, ABl. EU 2012 C 8/15
DB	Der Betrieb
DBP	Deutsche Bundespost
DDG	Digitale-Dienste-Gesetz
ders.	derselbe
DfK	Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften
DGO	Deutsche Gemeindeordnung
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DJT	Deutscher Juristentag
DLR	Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG
DLT	Distributed-Ledger-Technologie
DMVO	De-minimis-Verordnung (EU) Nr. 1407/2013
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DSA	Digital Services Act, Verordnung (EU) Nr. 2022/2065 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste
DSB	Dispute Settlement Body
DSC	Digital Services Coordinator
DStJG	Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft

DStR	Zeitschrift Deutsches Steuerrecht
DSU	Dispute Settlement Understanding (Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EAG	Europäische Atom-Gemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atom-Gemeinschaft
EBA	Eisenbahnbundesamt Europäische Bankenaufsichtsbehörde
EBA-VO	Europäische Bankenaufsichtsbehörden-Verordnung (EU) Nr. 1093/2010
ebd.	ebenda
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EERL	Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, 2009/28/EG
EFAR	European Foreign Affairs Review
EFSSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
EG	Europäische Gemeinschaften
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIBV	Eisenbahninfrastruktur-Benutzungsverordnung
EIOPA-VO	Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung-Verordnung (EU) Nr. 1094/2010
EL	Ergänzungslieferung
ELRev	European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EnK-Aktuell	EnergieKrise-Aktuell
EnLAG	Energieleitungsausbaugesetz
EnSiG	Energiesicherungsgesetz
EnStRL	Energiesteuerrichtlinie, 2003/96/EG
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EnWZ	Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
ER	EnergieRecht – Zeitschrift für die gesamte Energierechtspraxis
ERatG	Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz
ERegG	Eisenbahnregulierungsgesetz
ErwG	Erwägungsgrund/Erwägungsgründe
ESAs	European Supervisory Authorities
ESGZ	Fachzeitschrift für Nachhaltigkeit und Recht

ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESMA	Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde
ESMA-VO	Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörden-Verordnung (EU) Nr. 1095/2010
ESRB	European Systemic Risk Board
ESRB-VO	Europäischer Ausschuss für Systemrisiken-Verordnung (EU) Nr. 1092/2010
EStAL	European State Aid Law Quarterly
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
ET	Energiewirtschaftliche Tagesfragen
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EU/EWR-HwV	EU/EWR-Handwerk-Verordnung
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EU-NNVO	EU-Netzneutralitätsverordnung (EU) Nr. 2015/2120
EuR	Europarecht
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitung für Wirtschaftsrecht
EWeRK	Zeitschrift des Instituts für Energie- und Wettbewerbsrecht in der kommunalen Wirtschaft e.V.
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EYIEL	European Yearbook of International Economic Law
EZB	Europäische Zentralbank
EzGewR	Entscheidungssammlung zum Gewerberecht
f./ff.	folgende/fortfolgende
FinDAG	Gesetz über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen
FinStabG	Gesetz zur Überwachung der Finanzstabilität
Fn.	Fußnote
FÖV	Diskussionspapiere des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer
FR	FinanzRundschau – Zeitschrift für das gesamte Ertragsteuerrecht
FS	Festschrift
FSF	Financial Stability Forum
GasGVV	Gasgrundversorgungsverordnung
GasNZV	Gasnetzzugangsverordnung
GastG	Gaststättengesetz

GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Traffics and Trade
GB	Der Grüne Bote – Zeitschrift für Lauterkeitsrecht und Geistiges Eigentum
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEREK	Gremium Europäische Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation
GewArch	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GlüStV	Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GO	Gemeindeordnung
GPA	Agreement on Government Procurement (Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen)
GRCH	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz
GVBl.	Gesetzes- und Ordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
Hdb.	Handbuch
Hess	Hessen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
HGrG	HaushaltsgrundsätzeGesetz
h. M.	herrschende Meinung
Hmb	Hamburg
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HVwR	Handbuch des Verwaltungsrechts
HwK	Handwerkskammer
HwO	Handwerksordnung
HwV	Handwerkverordnung
IAEA	International Atomic Energy Agency
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. E.	im Ergebnis oder im Erscheinen

i. e. S.	im engeren Sinne
IFC	Internationale Finance-Corporation
IfSG	Infektionsschutzgesetz
IGH	Internationaler Gerichtshof
IHK	Industrie- und Handelskammer
IHKG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern
IJCB	International Journal of Central Banking
ILM	International Legal Materials
insb.	insbesondere
IR	InfrastrukturRecht
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. v.	im Sinne von
ITLOS	International Tribunal for the Law of the Sea
ITO	International Trade Organization
i. V. m.	in Verbindung mit
IWF	Internationaler Währungsfonds
JA	Juristische Arbeitsblätter
JIBL	Journal of International Business and Law
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JIEL	Journal of International Economic Law
JöR	Jahrbuch des Öffentlichen Rechts
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JWT	Journal of World Trade
JZ	Juristenzeitung
K&R	Kommunikation und Recht
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
Kap.	Kapitel
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KG	Kommanditgesellschaft
KlimR	Klima und Recht
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KommJur	Zeitschrift KommunalJurist
KoV	Kooperationsvereinbarung der deutschen Gasversorger
krit.	kritisch
KRL	Konzessionsrichtlinie (EU) Nr. 2014/23
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KSG	Bundes-Klimaschutzgesetz
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht
KV MV	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern
KVG LSA	Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt

KWG	Gesetz über das Kreditwesen
KWKG	Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz)
LBO	Landesbauordnung
LFGB	Lebens- und Futtermittelgesetzbuch
LGastG	Landesgaststättengesetz
lit.	Buchstabe
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen/ Rheinland-Pfalz/Saarland
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LNGG	Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases
LSA	Land Sachsen-Anhalt
LVwVfG	Landes-Verwaltungsverfahrensgesetz
MaComp m. Anm.	Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion mit Anmerkung
MAR	Marktmissbrauchsverordnung (EU) Nr. 596/2014 (Market Abuse Regulation)
MaRisk max.	Mindestanforderungen an das Risikomanagement maximal
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
MiCAR	Markets in Crypto Assets Regulation = Verordnung (EU) Nr. 2023/1114 über Märkte für Kryptowerte
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive = Finanzmarkttrichtlinie Nr. 2004/39/EG
MiFID II-RL	Markets in Financial Instruments Directive = Wertpapierhandelsrichtlinie Nr. 2014/65/EU
MiFIR	Markets in Financial Instruments Regulation = Finanzmarktverordnung Nr. 600/2014/EU
Mio.	Million(en)
MMR	Multimedia und Recht
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
MPG	Medizinproduktegesetz
Mrd.	Milliarde
MV	Mecklenburg-Vorpommern
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
N&R	Netzwirtschaft und Recht
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsgesetz
NAFTA	North American Free Trade Agreement
Nds	Niedersachsen
NdsKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
n. F.	neue Fassung
NGEU	Next Generation EU

NGO	Non-Governmental Organization/ Nichtregierungsorganisation
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NTVergG	Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungsreport
NWVB1.	Nordrhein-westfälische Verwaltungsblätter
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
o. ä.	oder ähnlich
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OEEC	Organisation for the European Economic Cooperation
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP	Öffentlich-Private-Partnerschaft
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
OTC	Over the Counter
OTT-Dienste	Over-the-Top-Kommunikationsdienste
ÖVerfGH	Österreichischer Verfassungsgerichtshof
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWi	Ordnungswidrigkeit
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PostG	Postgesetz
PPP	Public-Private-Partnership oder Purchasing Power Parity (Kaufkraftparität)
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkunft
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rating-VO	Ratingverordnung (EG) Nr. 1060/2009
RCEP	Regional Comprehensive Economic Partnership
RdA	Recht der Arbeit
RdE	Recht der Energiewirtschaft
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
Reg-E	Regierungsentwurf
RegTP	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post
RGBl.	Reichsgesetzblatt

RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
RMR	Allgemeine Rechtsmittelrichtlinie, 89/665/EWG
Rn.	Randnummer
RO	Agreement on Rules of Origin (Übereinkommen über Ursprungsregeln)
RP	Rheinland-Pfalz
RRF	Recovery and Resilience Facility (Aufbau- und Resilienzfähigkeit)
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite oder Satz
s.	siehe
s. a.	siehe auch
Saarl	Saarland
SaarKSVG	Saarländisches Kommunales Selbstverwaltungsgesetz
Sachs	Sachsen
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
SächsVergabG	Sächsisches Vergabegesetz
SAG	Sanierungs- und Abwicklungsgesetz
SaubFahrzeugBeschG	Gesetz zur Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge
SCM	Agreement on Subsidies and Countervailing Measures (WTO- Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen)
SEK	Sekretariat der Europäischen Kommission
SektVO	Sektorenverordnung
SGB	Sozialgesetzbuch
SH	Schleswig-Holstein
SKR	Sektorenkoordinierungsrichtlinie Nr. 2004/17/EG
SKSV	Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion
Slg.	Sammlung
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPS	Agreement on Sanitary and Phytosanitary Measures (Übereinkommen über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen)
Spstr.	Spiegelstrich
SRL	Sektorenrichtlinie (EU) Nr. 2014/25
SRM-VO	Single Resolution Mechanism-Verordnung (EU) Nr. 806/2014
SSM	Single Supervisory Mechanism
SSM-RahmenVO	SSM-Rahmenverordnung (EU) Nr. 468/2014
SSM-VO	Single Supervisory Mechanism-Verordnung (EU) Nr. 1024/2013

StGB	Strafgesetzbuch
StGG	Staatsgrundgesetz
StromGVV	Stromgrundversorgungsverordnung
StromNZV	Stromnetzzugangsverordnung
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StuW	Steuern und Wirtschaft
StWiss	Staatswissenschaften und Staatenpraxis
StabG	Stabilitäts- und Wachstumsgesetz
SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
TAL	Teilnehmeranschlussleitung
TA-Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
TBT	Agreement on Technical Barriers to Trade (Übereinkommen über technische Handelshemmnisse)
TEN-E VO	VO (EU) Nr. 347/2013 zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur
Thür	Thüringen
ThürKO	Thüringer Kommunalordnung
ThürVgG	Thüringer Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge
TKG	Telekommunikationsgesetz
TKMoG	Telekommunikationsmodernisierungsgesetz
TKMV	Telekommunikationsmindestversorgungsverordnung
TPG	Transplantationsgesetz
Transparenz-RL	Transparenzrichtlinie 2005/111/EG
TranspRLG	Transparenzrichtlinie-Gesetz
TRIMs	Agreement on Trade-Related Investment Measures (Übereinkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen)
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
TTDSG	Telekommunikations-Telemedien-Datenschutz-Gesetz
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
Tz.	Teilziffer/Textziffer
u. a.	unter anderem/und andere
UAbs.	Unterabsatz
UBA	Umweltbundesamt
UKuR	Ukraine-Krieg und Recht
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law (Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung)
UNO	Vereinte Nationen
ÜOECD	Übereinkommen über die OECD
UPR	Umwelt- und Planungsrecht

Urt.	Urteil
USMCA	United States-Mexico-Canada Agreement
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
UVgO	Unterschwel­lenvergabeordnung
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
ÜWTO	Marrakesh Agreement Establishing the World Trade Organization
v.	von/vom
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Var.	Variante
VBIBW.	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
Verf.	Verfassung
VergabeR	Vergaberecht
VergRModG	Vergaberechtsmodernisierungsgesetz
VermAnlG	Vermögensanlagengesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VgG M-V	Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge in Mecklenburg-Vorpommern
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VgV	Vergabeverordnung
VHMK-RL	Verhältnismäßigkeitsrichtlinie (EU) Nr. 2018/958
VIG	Verbraucherinformationsgesetz
VK	Vergabekammer
VKR	Vergabekoordinierungsrichtlinie, 2004/18/EG
VO	Verordnung
VOB/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOF	Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen
VOL/A	Verdingungsordnung für Leistungen
Vorb.	Vorbemerkung(en)
VPR	Zeitschrift Vergabep­raxis und Recht
VR	Verwaltungs­rundschau
VRL	Vergaberichtlinie (EU) Nr. 2014/24
VSRL	Richtlinie Nr. 2009/81/EG zur Vergabe von Leistungen in den Bereichen der Verteidigung und Sicherheit
VSVgV	Vergabeverordnung für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit
VÜA	Vergabeüberwachungsausschuss
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVO	EG-Beihilfenverfahrensverordnung (EU) Nr. 2015/1589
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

WasserstoffNEV	Verordnung über die Kosten und Entgelte für den Zugang zu Wasserstoffnetzen
WikaBG	Wirtschaftskammerbetrauungsgesetz
WindSeeG	Windenergie-auf-See-Gesetz
WIPO	World Intellectual Property Organisation
WiVerw	Wirtschaftsverwaltung
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WpDVerOV	Verordnung zur Konkretisierung der Verhaltensregeln und Organisationsanforderungen für Wertpapierdienstleistungsunternehmen
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WReG	Wettbewerbsregistergesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WTO	World Trade Organization
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
Yale L. J.	Yale Law Journal
ZAG	Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz
z. B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für europäische Studien
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfDR	Zeitschrift für Digitalisierung und Recht
ZfWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium
ZNER	Zeitschrift für neues Energierecht
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften
zsf.	zusammenfassend
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZuStWiG	Bayerisches Gesetz über die Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft